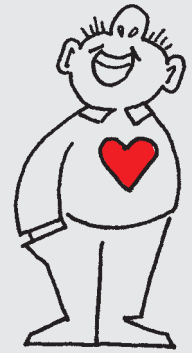


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

5/2007

DIE LINKE.PDS -Zeitung für Forst und Umgebung

Für SPD ist Koalitionstreue wichtiger als Mindestlohn-Initiative

Der Antrag der Linkspartei.PDS zur Einführung eines Mindestlohnes wurde im Landtag abgelehnt.

Schade. Bis zuletzt bestand für die SPD die Möglichkeit, politisch zu handeln und der Position des Ministerpräsidenten Geltung zu verschaffen. Dann hätte das Land Brandenburg sein Gewicht für eine Mindestlohn-Regelung in Deutschland einbringen können. Offensichtlich wurde auch in der SPD-Fraktion darum gerungen, ob man sich in erster Linie an den Interessen der prekär Beschäftigten oder am Wohlbefinden in der Koalition orientieren sollte. Die sozialdemokrati-

sche Fraktionsführung hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Sie bleibt damit auch die Antwort schuldig, warum man sich noch an der SPD-Unterschriftensammlung für eine Mindestlohnregelung beteiligen soll.

Die Linkspartei.PDS in Brandenburg und im Bund wird ungeachtet dessen weiter intensiv für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland kämpfen. Wir stehen zu unserem Wahlversprechen von 2005.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende
der Linkspartei.PDS*

Lausitzer SPD kämpft für Hungerlöhne



Wer ernsthaft die Einführung von Mindestlöhnen in Höhe von 6,50 € fordert, setzt sich in Wirklichkeit für Hungerlöhne ein. Auch zeigt der Vorschlag

wie sehr sich die SPD von ihren eigenen Wurzeln entfernt hat und dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit eine erneute Absage erteilt.

Tatsächlich liegt der von Reiche & Co. geforderte »Mindestlohn« netto noch 190 € unter der bundesweiten Pfändungsfreigrenze von 989,99 €. Einkommen in dieser Höhe ist durch die Zivilprozessordnung vor Zugriff durch Staat oder andere Gläubiger grundsätzlich geschützt, das heißt unpfändbar.

Der Vorschlag der Cottbuser SPD liegt aber noch deutlich darunter. Real heißt das 40 Stunden arbeiten und auf Hartz-IV-Niveau leben zu müssen.

Rechnet man nämlich 345 € zzgl. Miete und die Freigrenze von 100 € für Zuverdienste hinzu, kommt man auf mindestens das gleiche Einkommen.

DIE LINKE. bleibt bei ihrer Forderung 8 € Mindestlohn, um Armutslöhne in Zukunft gesetzlich zu unterbinden. Die SPD missachtet die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und hinter ihrer Unterschriftenaktion verbirgt sich in Wirklichkeit durchschaubarer Populismus.

*Wolfgang Neskovic,
rechtspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag und Abgeordneter
im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße*

Rückblick

Was bedeutet uns der 1. Mai?



Wenn man die Bedeutung dieses Tages an der Anteilnahme misst, könnte man glauben, er ist in der heutigen Zeit überholt. Erinnern wir uns:

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf. Zuvor gab es 1856 in Australien Massendemonstrationen mit der Forderung zu einem 8-Stundentag. Daraufhin kam es zu Massestreiks und Demonstrationen in den Industrieregionen. In Chicago endeten die Demonstrationen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei für vier Arbeiter tödlich. Danach eskalierte die Gewalt. Bei dem anschließenden Aufbruch, der in die US-Geschichte als Haymarket Riot eingegangen ist, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt. Die Zahl der Toten wurde niemals offiziell genannt.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen 1889 wurde zum Gedenken der Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als »Kampftag der Arbeiterbewegung« ausgerufen. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser »Protest- und Gedenktag« mit Massestreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.

Die Weimarer Nationalversammlung bestimmte am 15. April 1919 mit 159 gegen 85 Stimmen bei 10 Enthaltungen den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Allerdings nur für das Jahr 1919.

In der deutschen Geschichte des 1. Mai ist der sogenannte Blutmai (Berlin 1929) ein bedeutendes Ereignis, welches die Widersprüche zwischen KPD und SPD entscheidend verschärfte.

Gesetzlicher Feiertag wurde der 1. Mai erst wieder ab 1933 durch die Nationalsozialisten, jetzt benannt als »Tag der nationalen Arbeit«. Einen Tag nach der Einführung des Feiertages stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und verboten die Gewerkschaften.

➤ S. 2

Was bedeutet ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der 1. Mai 1946 durch den alliierten Kontrollrat bestätigt. Seit dem ist der 1. Mai in Deutschland ein Feiertag, an dem die Gewerkschaften ihre Rechte einfordern. In den sozialistischen Ländern wurde der 1. Mai als »Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus« begangen. Die Teilnahme an den Demonstrationen, mit dem Vorbeimarsch an Tribünen mit führenden Parteimitgliedern und anderen Ehrengästen, war für Betriebe und Schulen im allgemeinen eine Pflichtveranstaltung.

In den USA wollte man den »Krawallmachern« kein Denkmal setzen und legte den Tag der Arbeit (Labor Day) daher stattdessen in den September. Heute ist die Tendenz, diesen Tag zu entpolitisieren, sichtbar.

Resignation und Perspektivlosigkeit einerseits, Sonnenschein und ein Ausflugsziel andererseits helfen dabei. Das dürfen wir nicht zulassen!

Denn wer sich nicht wehrt, kann seine Forderungen nicht durchsetzen.

In diesem Jahr hat der DGB die Forderung nach einem Mindestlohn in den Mittelpunkt dieses Tages gestellt.

Seit langem fordert die Linke einen Mindestlohn. Die SPD übt sich auf Bundesebene in Opposition innerhalb

der Koalition von CDU und SPD, denn die CDU hat zu dieser Forderung andere Auffassungen.

Im Landtag ist die SPD gegen die Einführung eines Mindestlohnes, während die SPD im Ortsverein Forst fleißig Unterschriften für die Einführung desselben sammelt.

Im Landkreis gibt es 4000 sogenannte Aufstocker, d.h. diese Menschen haben in ihrer Lohntüte nicht einmal das Einkommen eines Hartz-IV-Empfängers. Gemeinsam sollte dieser Tag unsere Forderungen weiter in die Öffentlichkeit tragen. Unsere Stadt kann sich wehren, das hat sie bewiesen. – Bewahren wir uns diesen politischen Tag. **Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende Die Linke.PDS**

Lieber Richtig gestellt – aber nur, wenn's mir passt

Unter der Überschrift »Lieber Richtig gestellt« hat sich Landrat Friese in seiner Haus- und Hofzeitung »Spree-Neiße-Kurier« eine Rubrik eingerichtet, in der er regelmäßig den vermeintlichen Fehlinterpretationen seiner Worte durch die örtliche freie Presse seine Klarstellungen entgegenschleudert.

Nun fanden Mitglieder unserer Fraktion den Landrat in eben dieser freien Presse in einem Beitrag am 1. März 2007 über seinen Besuch in Guben auch ein bisschen merkwürdig zitiert. Jedenfalls erlaubten wir uns, unter der vom Landrat selbst eingeführten Überschrift für solche Fälle, eben »Lieber Richtig gestellt« die folgenden Fragen zu stellen: 1. Entspricht nachfolgendes Zitat den persönlichen Aussagen und Wertungen des Landrates: »Aus Sicht des städtischen Haushaltes ist der Bauhof eine Geldverbrennungsanlage.«

2. Wurde tatsächlich geäußert, dass es sich bei der Aufrechterhaltung des Bauhofes um eine »Sozialmaßnahme« handele?

3. Wurde bei der Diskussion zum Rechts-Extremismus im Pestalozzi-Gymnasium tatsächlich argumentiert, dass dieser sich aus Sicht des Landrates als »keine Gefahr für die Demokratie« darstelle, sondern ein kriminelles Problem sei?

Die frappierende Antwort des Landrates im Kreistag am 25. April 2007 hieß nicht etwa »Lieber Richtig gestellt«, sondern: Er sehe sich nicht veranlasst unsere Fragen zu beantworten, da das Grundgesetz auch Landräten Meinungsfreiheit zubillige, und außerdem hätten wir ihn ja auch selbst fragen können. Ja, wen sonst hatten wir denn gefragt?

Unsere Hoffnung, dass sich unsere Befürchtungen durch ein vom Landrat selbst eingeführtes »Lieber Richtig gestellt« ent-

kräften lassen würden, wurde enttäuscht. Wem hat das Ganze nun geholfen? Wem hat es geschadet? Wollte der Landrat zwar gern den Ball der Unfairness an die Linkspartei schießen, so müssen wir am Ende und in aller Sachlichkeit feststellen: Fehl-anzeige – Eigentor! Es wäre ein Leichtes gewesen, den Ball aufzunehmen und »Lieber Richtig« zu stellen. Doch das tat er nicht. Wir hatten ihm die Chance zuge-spielt. Also müssen wir uns über die in der Presse zitierten Aussagen des Landrates unsere eigenen Gedanken machen.

Edeltraud Radochla, Fraktion Die Linke im Kreistag Spree-Neiße

Die »Blauen Bände« sind wieder da

Unter dem Motto »Für Karl Marx aus Trier statt für ein Stadtschloss in Berlin« startete der Dietz-Verlag im vergangenen Jahr eine Aktion zur Gewinnung von Spenden für die Neuausgabe der Werke von Marx und Engels in der vertrauten blauen Farbe.

Auch ich habe mich daran beteiligt und nun liegt Band 1 vor mir. Im Schreiben des Verlages heißt es u. a.: »Sie ... haben ... damit auch den Weg eröffnet, in den nächsten Jahren die MEW-Ausgabe für die nachwachsende Generation wieder vollständig lieferbar zu machen.«

Im nächsten Jahr soll bereits ein weiterer Band erscheinen. Wie wäre es, wenn sich alle Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes daran beteiligen würden? Auch viele kleine Beiträge könnten sich wirkungsvoll summieren. Ich bin jedenfalls wieder mit dabei.

Die Organisation und Verbindung zum Verlag würde ich gerne übernehmen.

Dr. Hans-Joachim Lapuhs, Cottbuser Str. 135

Bildung darf nicht den Marktgesetzen unterworfen werden

Das Thema Bildung soll auch in der neuen Partei DIE LINKE zu einem Schlüsselthema werden. Das fordern die Mitgliederinnen und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Bildung der Linkspartei.PDS, die gemeinsam mit Vertretern der WASG in Potsdam tagten.

Zwei Tage lang befassten sich die Bildungspolitiker und Bildungspolitikerinnen aus elf Ländern vor allem mit Fragen des Zusammenhanges von sozialer Lage der Familien und Bildungserfolg von Kindern.

»Nach wie vor gibt es in Deutschland keine Chancengleichheit in der Bildung. Die soziale Herkunft der Kinder entscheidet über ihren Bildungs- und damit Lebensweg. Deshalb fordern wir ein finanziell gut ausgestattetes, integratives Schulsystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen«, so Gerrit Große, Sprecherin der AG und bildungspolitische Sprecherin der Brandenburger Landtagsfraktion. Eine

der wichtigsten Aufgaben der Politik der neuen Partei DIE LINKE auf allen Ebenen müsse es sein, diesem Zusammenhang entgegenzuwirken. Dazu sagt Rosemarie Hein, Mitglied des Parteivorstandes: »Der Ausgrenzung durch soziale Benachteiligung kann aber nicht nur durch die Schule begegnet werden, hier geht es um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nur im Zusammenwirken aller politischen Ressorts gelöst werden kann.«

Die Beratung befasste sich ausführlich mit Fragen der Privatisierung im Bildungsbereich. Neben der Auflistung von Befunden geht es auch um Gegenstrategien. Dazu Horst Bethge, Sprecher der AG: »Grundsatz der Linkspartei ist: Bildung darf nicht den Marktgesetzen unterworfen werden. Bildung ist keine Ware, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bildungserwerb ist ein Menschenrecht.« **AG Bildung der Linkspartei.PDS**

Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg

Gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg e.V., dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, dem ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, der Grünen Liga Brandenburg e.V. und der WASG Brandenburg organisiert die Linkspartei.PDS Brandenburg eine Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

Wir fordern von der Brandenburger Landesregierung die Einführung eines Sozialtickets ab 2008. Durch die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg wurden alle möglichen parlamentarischen Instrumente im Jahr 2006 für die Einführung eines Sozialtickets ausgeschöpft. Die Fraktionen der SPD und CDU im Landtag haben alle unsere Vorschläge abgelehnt.

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht zum Beispiel der Regelsatz des Arbeitslosengeldes bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind für viele Bürgerinnen und Bürger öffentliche Mo-

bilitätsangebote zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen Leben notwendig. Deshalb fordern wir die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg. Mit einem Sozialticket auch in Brandenburg würden im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gleiche Bedingungen hergestellt, denn in Berlin gibt es das Sozialticket bereits seit längerem. Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in Brandenburg jährlich ca. 5 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt bereitzustellen. Dieser Betrag ist aus dem Haushalt des Verkehrsministeriums zu finanzieren. Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat dafür die nötigen Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Die Landesregierung soll mit der Volksinitiative aufgefordert werden, ab dem kommenden Jahr das Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld

(SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50 Prozent der jeweiligen VBB-Umweltkarte nicht überschreiten

Wir brauchen 20 000 Unterschriften, damit sich der Landtag mit dem Anliegen der Volksinitiative erneut befassen muss.

Nutzen wir die Chance für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg und geben unsere Unterschrift für die Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

Unterschriftenlisten sind in der Landesgeschäftsstelle bzw. beim Kreisverband der Linkspartei.PDS Potsdam in der Alleestraße 3 zu erhalten. Weitere Infos und Unterschriftenlisten sind auch bei mir im Landtag unter anita.tack@lt-die-linke-fraktion.brandenburg.de bzw. unter Telefon 9 66 15 10 zu erhalten.

Anita Tack,
verkehrspolitische Sprecherin

Weshalb ich dieses Land verteidige!

Diese Bundesrepublik ist, wenn es nach dem Grundgesetz geht, ein lebenswerter Staat. Im ersten Artikel dieser Verfassung heißt es: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

In Würde lebt ein Mensch dann, wenn er sich ausreichend ernähren kann, über eine eigene Unterkunft verfügt, die notwendige Kleidung besitzt, kulturelle Erlebnisse genießen kann und die Möglichkeit zur Bildung und Selbstverwirklichung hat.

Entsprechen die Regelungen von Hartz IV diesem Verfassungsgrundsatz?

Das Grundgesetz der BRD legt dem Staat auf, den Schwachen vor dem Starken zu schützen, und, wenn ich dann bedenke, dass Frau Merkel und ihre Minister mit ihrem Amtseid sich dazu verpflichtet haben, ergibt sich für mich die Frage, weshalb diese Bundesregierung noch nicht wegen des Verstoßes gegen unsere Verfassung verklagt wurde.

Der Artikel 14, Absatz 1, befasst sich mit dem Eigentum. Die Form des Eigentums, staatlich, genossenschaftlich oder privat, wird aber nicht geregelt. Viel besser noch, im Artikel 15 heißt es: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder

Gedanken zur Rede des MdB Wolfgang Neskovic auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg

in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Das Grundgesetz der BRD bietet also umfassende Möglichkeiten für eine linke Politik. Es ist an uns, diese Möglichkeiten zu nutzen. Dazu ist ein ständiger Druck auf die Regierenden notwendig!

Last but not least: Lieber Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der Du mich aufgrund meiner Mitgliedschaft im VVN/BdA überwachst, ich stehe auf dem Boden des Grundgesetzes und werde es gegen alle neo-liberalen Angriffe verteidigen.

Wolfgang Witzel

Antifaschisten der Stadt Forst

Gustav Seidel

* 01.11.1894

† 15.03.1957

Gustav Seidel wurde als Sohn einer Tuchmacherfamilie in Tomaschow im damaligen Russisch-Polen geboren. Er wuchs mit sieben Geschwistern in ärmlichen Verhältnissen auf und konnte aufgrund der finanziellen Lage der Familie keinen Beruf erlernen, sondern musste mit unterschiedlichen Tätigkeiten Geld verdienen. So arbeitete er als Landarbeiter, als Arbeiter in der chemischen Industrie, als Teppichweber und im Bergbau.

1916 trat er in die SPD ein, später wurde er Mitglied des Spartakusbundes und schließlich als Arbeiter in der Forster Textilindustrie Mitglied der KPD.

Am 24. März 1938 wurde Gustav Seidel in Forst von der Gestapo verhaftet und wegen des Besitzes illegaler Broschüren zu einem Jahr und acht Mona-

ten Haft verurteilt. Nach der Haftverbüßung arbeitete er von Dezember 1939 bis 1942 in der Kiesgrube Simmersdorf als Bauarbeiter.

Obwohl er als »wehrunwürdig« erklärt wurde, hat man ihn im Juli 1944 zur faschistischen Wehrmacht einberufen und als Munitionstransportbegleiter eingesetzt. Am 06.05.1945 geriet er bei Tangermünde in amerikanische Gefangenschaft und kam im Mai 1946 zurück nach Forst.

Hier wurde er Mitglied der SED, vom Magistrat der Stadt als Dolmetscher eingesetzt, war für kurze Zeit im Bereich für Handel und Versorgung tätig und arbeitete dann als Russischlehrer.

VVN-BdA Gruppe Forst



Petra Paus Newsletter

Orden und Bomben treffen immer die Falschen

Ex-Kanzler Helmut Kohl wurde als Kandidat für den Friedens-Nobelpreis ins Gespräch gebracht.

Helmut Kohl hat im Rahmen der CDU-Spendenaffäre als Kanzler sein Ehrenwort über das Grundgesetz gestellt. Das ist alles andere, als preiswürdig. Während der Regentschaft von Helmut Kohl wurde die Bundeswehr-Strategie von nationaler Verteidigung auf weltweite Interventionen umgestellt. Das ist alles andere, als friedfertig.

Allerdings: Auch Georg W. Bush und Toni Blair wurden bereits für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. Das ist alles andere, als ehrenhaft. – Unter dem Strich bestätigt sich wieder einmal eine Volksweisheit: Orden und Bomben treffen (fast) immer die Falschen.

PKG ist keine Rechtfertigung, sondern Fehlkonstrukt

Laut Justizministerin Zypries sei das parlamentarische Kontrollgremium von den jüngst bekannt gewordenen Online-Untersuchungen bereits vorher unterrichtet worden.

Das macht den Skandal nicht kleiner, dass unter Rot-Grün ohne rechtliche Grundlagen Computer heimlich online untersucht wurden. Es verweist vielmehr auf die Fehlkonstruktion des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG).

Es hat nämlich mit Kontrolle der Geheimdienste nichts zu tun. Das PKG erfährt, was die Regierung ihm mitteilt, mehr nicht. Und das Wissen der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist so geheim, dass sie es schweigend mit ins Grab nehmen. Deshalb muss endlich eine Lösung gefunden werden, mit der die Geheimdienste einer wirklichen parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden.

Wähler-Schelte bringt nichts – mehr Demokratie ist gefragt

Nach der geringen Kommunal-Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt wird Kritik an der Wahlabstinentz der Bürgerinnen und Bürger laut.

Eine abnehmende Wahlbeteiligung ist Trend und lässt sich seit Jahren verfolgen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Aber Wähler-Schelte bringt gar nichts. Solider wäre es, nach den Ursachen zu fragen. Und die meisten finden sich in der Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger die Politik erleben. Dazu gehört die Erfahrung, dass ihre Meinung nicht wirklich gefragt ist. 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger waren gegen die Gesundheits-»Reform«. 70 Prozent im Bundestag war dafür. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger waren gegen den Tornado-Einsatz in Afghanistan. Eine Mehrheit im Bundestag war dafür. Diese Diskrepanz prägt und lässt sich nicht schönreden.

Gegen Demokratie-Verdross hilft letztlich nur eines: mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie. Zumal: Bei direkter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein EU-Entwicklungsland.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

- Di., 15.05., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Die Linke.PDS-Ortsvorstandssitzung
- Mo., 21.05., 14 – 16 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Bürgersprechstunde des Landtagsabgeordneten Wolfgang Thiel
- Mo., 04.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«
- Di., 12.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS der SVV Forst

Geburtstage

- 05.06.: 78 Jahre, Gen. Herward Pruskel in Döbern
06.06.: 60 Jahre, Genn. Käthe Dunst in Trebendorf
14.06.: 81 Jahre, Genn. Johanna Kubisch in Jocksdorf

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Richtung stimmt

Edmund Stoiber hat sich mit einer Vielzahl prägnanter Lebensweisheiten zu Wort gemeldet, mit denen er seine Erfahrungen als bayerischer Volkstribun verarbeitet. Eine ist: »Politik ist selten eine Schussfahrt, meistens ein Slalom.« Aber immer bergab.

FBK

Rockmusik gegen Kinderarmut

Das Vorhaben der Forster Band
INCIDENT

(siehe MB 04/07),

am 16.6.07 in der Gaststätte Sacro ein Rockkonzert

zugunsten der Forster Kinder aus sozialschwachen Familien durchzuführen, bedarf unserer dringenden Unterstützung.

Wir bitten deshalb nochmals um Spenden auf das angegebene Konto!

Empfänger: Stadt Forst (Lausitz)
Kreditinstitut: Sparkasse Spree-Neiße, Filiale Forst
Bankleitzahl: 180 500 00
Kto.-Nr.: 3 402 000 074
Kennwort: Rock für die Tafel

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst der Linkspartei.PDS
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand der Linkspartei.PDS
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: www.linkspartei.pds-forst-lausitz.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

E-Mail: info@pds-forst-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.